

Für Sachsen

Zeitung zur Landtagswahl 2014 in Leipzig

DIE LINKE.



Unser Land braucht endlich neue Impulse

Zugegeben: Sachsen hat seit der Wiedervereinigung eine beachtliche finanzielle und ökonomische Entwicklung vollzogen. Das ist die Leistung aller hier lebenden Menschen. Dennoch entwickelt sich Sachsen nicht ohne Widersprüche: Seit über zehn Jahren stagniert der Annäherungsprozess an das Lebensniveau der alten Länder. Im Freistaat selbst sind die Einkommensunterschiede gewachsen. Sachsen hat unter den neuen Bundesländern den niedrigsten Anteil von Sozialausgaben, wälzt die Finanzierung der sozialen Daseinsfürsorge auf die Kommunen ab. In keinem Bundesland ist die Zahl der Hartz-IV-Aufstocker höher, die Dauer der Erwerbslosigkeit länger. In kaum einem anderen Land sind die Investitionen in Schule und Hochschule so niedrig wie hier. Gravierende Probleme im Land bleiben

ungelöst, die Staatsregierung verspielt so Sachsens Zukunft. Wir sind der Meinung: Es ist Zeit für eine Wende. Wir wollen, dass einmal mehr die Fenster geöffnet werden, um frischen Wind hereinzulassen. Ein neuer demokratisch-kultureller Aufbruch ist notwendig. DIE LINKE ist dabei die Partei der sozialen Frage: Soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und der soziale Zusammenhalt bilden die Leit motive unserer Politik.

Doch wir sind auch eine Partei der Freiheit. Alle Menschen sollen in ihrem Leben die gleichen Chancen haben. Wir sind überzeugt, dass wir nur gemeinsam mit den Menschen in Sachsen Verantwortung tragen können. Wir wollen nicht Vormund sein. Aber wir wollen, dass alle am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Uns geht es dabei nicht um uns selbst. Wir sind nicht scharf da-

rauf, Regierungsposten zu ergattern. Dass wir auch starke Opposition sein können, haben wir bewiesen. Doch wir wissen auch: Wir können besser regieren als die jetzige Regierung. Dafür benötigen wir auch Partner. Unser Angebot für einen Politikwechsel richtet sich deshalb sowohl an die Menschen im Freistaat als auch an die politischen Mitbewerber. Gemeinsam können wir den Aufbruch für Sachsen schaffen.

Allerdings: Andere Parteien fordern zwar den Politikwechsel im Freistaat, würden sich jedoch auch als Juniorpartner der Union anbieten. Wir dagegen können eine Koalition mit der CDU ausschließen. Deshalb ist nur eine Stimme für DIE LINKE eine Stimme, die im Zweifelsfall nicht der Lebensverlängerung der Union in der Regierung hilft. Darum möchte ich Sie bitten: Gehen Sie am

31. August zur Wahl. Und wählen Sie mit beiden Stimmen DIE LINKE. Für ein besseres Leben in Sachsen.

Rico Gebhardt



Rico Gebhardt (51) ist Spitzenkandidat der sächsischen LINKEN zur Landtagswahl 2014. Der gelernte Koch engagierte sich zunächst in der Kommunalpolitik in seiner Heimatstadt Aue und im Kreistag, bevor er 2004 in den Sächsischen Landtag gewählt wurde. Seit 2009 ist er Vorsitzender der sächsischen LINKEN, seit 2012 Fraktionsvorsitzender im Landtag.

PREISRÄTSEL

Zu gewinnen sind: eine Übernachtung und ein Abendessen für zwei in Aue, ein Abonnement der Zeitung *neues deutschland* und weitere Preise ...
Seite 8

Besser leben in Sachsen

Wir haben konkrete Vorschläge, wie wir den Freistaat verbessern wollen. Unsere Ziele für Sachsen finden Sie auf **Seite 2**



Machbar und finanzierbar

Glauben Sie niemandem, der behauptet, unsere Forderungen seien nicht bezahlbar. Warum, erfahren Sie auf **Seite 2**

Angeordnet: Mangel an Leipziger Schulen

Falsche Bildungspolitik bringt Leipziger Schulen in Probleme.
Seite 3



Die Leipziger Direktkandidierenden

Unsere sieben Direktkandidierenden stellen sich vor auf den **Seiten 4-5**

Kürzer geht's nicht

Die Kürzungspolitik der sächsischen Staatsregierung bedroht Leipziger Hochschulen.
Seite 5

Kurz und knapp

Ganz konkret können wir gemeinsam mehr erreichen. Beispiele dafür stellen wir Ihnen genauer vor auf den **Seiten 6-7**



Ganz einfach Briefwahl!

Gerade, wenn der Wahltermin am 31. August auf dem letzten Ferientag liegt, ist es nicht ganz unwahrscheinlich, dass Sie an dem Tag keine Zeit haben, wählen zu gehen. Aber nicht nur dann ist Briefwahl eine gute Idee. Wissen Sie vielleicht

schon, wen Sie wählen wollen? Dann beantragen Sie Briefwahlunterlagen. Der Stimmzettel kommt ganz bequem per Post zu Ihnen nach Hause. Sie füllen ihn aus und schicken ihn an das Wahlamt zurück. Ihnen entstehen keine Kosten.

Briefwahlunterlagen erhalten Sie ganz einfach: Füllen Sie die Rückseite der Wahlbenachrichtigung aus und schicken Sie sie

zurück. Es muss kein Grund angegeben werden. In einigen Städten und Gemeinden können Sie Briefwahlunterlagen auch online bestellen. Sie können Ihre Stimmzettel aber auch direkt bei der Briefwahlstelle während der Öffnungszeiten beantragen und noch vor Ort wählen.

Stimmzettel erhalten Sie etwa vier Wochen vor der Wahl. Wich-

tig ist, dass diese am 31. August spätestens um 18 Uhr im Wahlamt sind.

Füllen Sie sie nach Erhalt einfach sofort aus und schicken Sie sie zurück. Übrigens: Wer nachgewiesen plötzlich erkrankt, kann den Stimmzettel sogar noch bis zum Wahltag, 15 Uhr, im Wahlamt beantragen. Rufen Sie dann schnellstmöglich in Ihrem Wahlamt an.

Versprochen: machbar und finanzierbar

Ja, wir wollen Geld ausgeben für Bildung, für Schulen und Hochschulen. Für soziale Belange, Kultur, Verkehr. Wir wollen Wirtschaft nachhaltig fördern und uns für die Umwelt starkmachen. Das alles kostet. Aber es sind Investitionen in unsere gemeinsame Zukunft.

Die CDU wird nicht müde zu behaupten, wir könnten nicht mit Geld umgehen, mit uns drohten neue Schuldenberge. Aber: Glauben Sie niemandem, der oder die behauptet, unsere Vorstellungen wären nicht finanzierbar. Seit 2001 stellt unsere Fraktion im Landtag alternative Landeshaushalte auf. Ohne einen Cent mehr auszugeben, als der Haushaltsansatz der Staatsregierung vorgibt, zeigen wir, dass wir mit dem zur Verfügung stehenden Geld eine andere Politik im Sinne sozialer Gerechtigkeit, der Kommunen, von Bildung und Kultur finanzieren können. Mehr als eine Milliarde Euro wurde von uns dafür im letzten Doppelhaushalt umgeschichtet.

Erblasten trägt allein die CDU: Durch verantwortungslose Spekulation hat sie dem Freistaat milliardenschwere Belastungen aufgebürdet. Allein die Rettung der Landesbank kostet uns alle bis zu 2,7 Milliarden Euro. Genauso viel Geld erhält der Freistaat übrigens in der nächsten Förderperiode der Europäischen Union aus ESF- und EFRE-Töpfen. Das heißt also, die CDU hat Geld im Gegenwert von Investitionsmitteln der Europäischen Union für Sachsen für die Dauer von sieben Jahren verbrannt. Angesichts des Investitionsstaus im Freistaat hätte man also jeden Förder-Euro ganz einfach verdoppeln können. Das Geld ist jedoch unwiederbringlich verloren. Wer kann also in Sachsen mit Geld nicht umgehen?

Klar: Sparen klingt erst einmal gut. Derzeit bildet der Freistaat Rücklagen, sitzt auf prall gefüllten Geldsäcken – auch wenn anderes behauptet wird. Gleichzeitig verschärft sich die kommunale Armut, fehlen Lehrer, Polizisten, verfällt die Infrastruktur. Das ist verantwortungslos. Angesichts von Niedrigzinsen verbrennt der Freistaat Geld: Jeder ungenutzte Euro ist nächstes Jahr weniger wert. Rund eine Milliarde Euro wären sofort verfügbar. Wir finden: Dies in das Land und seine Menschen zu investieren, ist nachhaltiger. Wir sagen: Wer Geld anders einsetzen will, handelt nicht unverantwortlich. Im Gegenteil: Er fördert die notwendige Entwicklung des Freistaates. Wir werden deshalb neue Akzente setzen. Und das ganz ohne neue Schulden, aber mit Ideen, die der CDU schon längst ausgegangen sind.



Gemeinsam mit den Menschen im Freistaat wollen wir eine Politik entwickeln, die Sachsen gerecht wird, weil sie uns allen ein Leben in Menschenwürde garantiert. Und das ist nicht einfach ein so dahingehender Ausspruch. Viel zu oft agiert Politik fernab von den Betroffenen und an ihnen vorbei. Viel zu oft meinen Parteien, dass sie den Menschen sagen müssen, wie sie leben wollen. Politik muss umdenken, wie sie Politik gestalten will, integrativ, sinnvoll und nachhaltig. Dafür haben wir Ideen ebenso wie inhaltliche Arbeitsschwerpunkte. Wir wollen ein Sachsen, in dem Umwelt, Energie und Lebensqualität nicht in Widerspruch geraten. Wir wollen den demokratischen Rechtsstaat stärken, die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger, ihre Rechte, ihre Sicherheit weiterentwickeln und schützen. Wir wollen eine Politik für alle hier lebenden Menschen.

Unser Ziel bleibt dabei die soziale Gerechtigkeit. Sie ist dann erreicht, wenn jede und jeder ihre bzw. seine Fähigkeiten entfalten kann, sich damit in die Gesellschaft einbringen kann und bei der Verteilung aller Güter angemessen berücksichtigt wird. Wer Hilfe braucht, soll sich der Solidarität sicher sein. Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel die flächendeckende Gesundheitsversorgung, ein stabiles Rettungswesen und zugehörige Verwaltungsstrukturen, die den Menschen helfen, statt sie zu bevormunden, gehört deshalb in öffentliche Hand.



Soziales und Wirtschaft sind dabei zwei Seiten derselben Medaille. Wir wollen deshalb die weitere wirtschaftliche Ent-

Gemeinsam für ein besseres Leben in Sachsen

Programmatische Eckpunkte zur Landtagswahl 2014

wicklung Sachsens stärken. Die Förderung der Zusammenarbeit von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen mit den in Sachsen ansässigen Unternehmen ist dabei Schlüssel für eine zukunftsfähige Industrie. Zugleich wollen wir kleine und mittelständische Unternehmen unterstützen, weil gerade bei ihnen die Wertschöpfungsketten fast komplett in Sachsen bleiben. Um Arbeitsplätze zu schaffen oder bestehende zu erhalten, soll sich der Freistaat an der Kapitalausstattung von Firmenneugründungen und Firmen mit zeitweiligen wirtschaftlichen Problemen beteiligen können. In der Regel können gerade hier gegründete und ansässige Unternehmen nur wenig für Zahlungsverzug, der schwer zu überbrücken ist und oft das Aus bedeutet. Wir halten dabei wenig von der Förderung sogenannter Leuchttürme, die sich bei auslaufenden Subventionen auch schnell wieder aus Sachsen verabschieden.



Sachsen braucht ein Landesarbeitsmarktprogramm mit den Schwerpunkten berufliche Weiterbildung, Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und dem Abbau von Zugangsbarrieren zur Erwerbstätigkeit. Der Ausbau von Technologiezentren und Verbundprojekten soll die Vernetzung kleiner und mittlerer Unternehmen stärken.

Dabei gilt immer: Dumpinglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen sind nicht akzeptabel. Es ist verantwortungslos, wenn die CDU diese als Standortvorteil in Sachsen verkauft. Wir setzen weiterhin auf tarifliche Bezahlung, wenigstens jedoch auf einen angemessenen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ohne die Schlupflöcher, welche die große Koalition bereits jetzt plant. Für die Vergabe öffentlicher Aufträge soll dies ebenso verbindliche Bedingung werden wie die Einhaltung von Umweltstandards.



Bildung ist für uns keine Ware, sondern ein Grundrecht. Sie darf nicht von finanziellen Zwängen abhängen und muss allen gleichermaßen zugänglich sein. Wir benötigen mehr Personal in Kitas, Schulen und Universitäten. Längeres gemeinsames Lernen ist dabei ein Gebot der Stunde. Wir wollen gemeinsames Lernen bis Klasse 8, eine Klassenstärke von maximal 20 Schülerinnen und Schülern, egal in welcher Klassenstufe, sowie den Ausbau der individuellen Förderangebote in der Regelschule. Diese Vorstellungen sind in Ganztagschulen am besten zu verwirklichen. Wir werden für eine demokratisch und transparent erarbeitete Schulnetzplanung sorgen. Zur Bildung gehört Sport, weshalb wir den Vereinssport fördern, Sportstätten für den Schul- und Vereinssport erhalten und ausbauen werden.

Weil es normal ist, verschieden zu sein, wollen wir die Inklusion. Das heißt, die gemeinsame Bildung von Kindern mit und ohne Beeinträchtigung zum Normalfall zu machen. Dabei werden die Unterschiede nicht verwischt oder gar ignoriert. Wir bekennen uns vielmehr gerade hier zum Ausbau individueller Fördermaßnahmen, wollen aber zugleich das solidarische Zusammenleben entwickeln.



Wir bekennen uns zum dualen System als Regelfall in der Berufsausbildung. Es muss aber ergänzt werden durch die Förderung der beruflichen Erstausbildung auch über das 25. Lebensjahr hinaus. Für junge Menschen ohne Berufsabschluss brauchen wir wirkungsvolle nachholende Ausbildungsinitiativen. Denn niemand darf verlorengehen.

Die Universitäten und Hochschulen stehen in besonderer Verantwortung des Landes. Sie dürfen als Stätten der wichtigsten Innovationen nicht kleinteiliger Sparsparn ausgesetzt werden. Wissenschaft und Lehre sollen frei sein. Frei von Profitorientierung, geschützt vor dem Missbrauch durch militärische Forschung. Das ist ein hohes Gut. Wir werden deshalb die demokratische Selbstverwaltung der Universitäten und Hochschulen ausbauen. Und wir werden uns für eine stärkere finanzielle Unterstützung von Lehre und Forschung sowie attraktive Arbeits- und Studienbedingungen einsetzen.

Wir setzen uns ein für eine vielfältige Kulturlandschaft, die allen Menschen zugänglich ist, unabhängig von Wohnort und Einkommen. Wir treten für eine Erhöhung des Anteils der Kultur Ausgaben am Landeshaushalt ein. Steigende Personal- und Sachkosten dürfen nicht zu Lasten der Qualität auf die Einrichtungen und Kulturschaffenden abgewälzt werden.



Sachsen hat die Wahl: Und auf uns können Sie sich verlassen.

Vertiefende Informationen zu unseren programmatischen Vorstellungen finden Sie auf unserer Website www.dielinke-sachsen.de/wahlprogramm.

Wenn Sie Fragen haben, schicken Sie uns eine Mail an kontakt@dielinke-sachsen.de.



Angeordnet: Mangel an Leipziger Schulen

Bildung ist teuer, keine Bildung wird teurer. Dieser Satz hat sich beim Finanzminister des Freistaates Sachsen nur bis zum Komma herumgesprochen. Das Ministerium »verschiebt« per Anordnung Schülerinnen und Schüler von einer Klasse in eine andere, so dass die Klassen jeweils bis an die gesetzliche Grenze »vollgestopft« werden, um schließlich die eine oder andere Klasse (und damit die Lehrer-Stelle) einzusparen. Um wirklich alles auszuschöpfen, schreckt man nicht einmal davor zurück, Schülerinnen und Schüler anderen Schulen »zuzuweisen«, womit ganz nebenbei auch das Recht auf freie Schulpflichtwahl ab der Mittelschule (Ober-

schule) beziehungsweise dem Gymnasium ausgehebelt wird. In diesem Jahr werden 540 Lehrerinnen und Lehrer – keineswegs überraschend – aus dem Beruf ausscheiden. Ursprünglich waren 590 Neueinstellungen angekündigt. Das klingt gut, immerhin ein Plus von 50 Stellen. Nur muss man wissen, dass im neuen Schuljahr 4 400 zusätzliche Schüler in Sachsens Schulen sein werden, auch keineswegs überraschend. Nehmen wir eine durchschnittliche Klassenstärke von 26 Schülern an, so kommen aus diesem Zuwachs mindestens 170 neue Klassen zustande, und die brauchen jeweils mindestens eine Lehrerin oder

einen Lehrer, bei gesunder Planung natürlich mehr. Das Maß ist voll. Auch Leipziger Eltern und Schüler wehren sich vehement, ob an der 3. Grundschule, an der Förderschule Rosenweg oder am Heisenberg-Gymnasium. Und sie haben Recht: Die Zahlen liegen doch seit Jahren (!) auf dem Tisch. Nichts kann man so sicher voraussagen wie, dass Lehrerinnen und Lehrer jedes Jahr ein Jahr älter werden, und die Kinder auch! Für DIE LINKE gilt: Bildung ist ein anerkanntes Menschenrecht, und es ist die Pflicht des Freistaates, eine angemessene Bildung zu ermöglichen. Es gibt nur eins, was teurer ist als Bildung – keine Bildung.

Für ein Sachsen ohne Ausgrenzung und Diskriminierung!

Sachsen ist nicht nur das Bundesland, in dem die NPD seit zwei Wahlperioden im Landtag sitzt. Sachsen ist auch das Bundesland mit der bundesweit höchsten Zahl an rechts motivierten und rassistischen Übergriffen. Im Jahr 2013 war die Stadt Leipzig in dieser Hinsicht trauriger Spitzenreiter. Nicht zuletzt haben sich in den vergangenen Monaten auch in Leipzig Menschen gegen die Errichtung von Unterkünften für Asylsuchende in ihrer Nachbarschaft organisiert. In Leipzig haben wir diesen hasserfüllten Mobilisierungen eine breit getragene zivilgesellschaftliche und antirassistische Bewegung entgegengesetzt. Bereits 2010 ist es gelungen, im Zusammenspiel von Initiativen und Kommunalpolitik einen Paradigmenwechsel bei der Unterbringung von Asylsuchenden einzuleiten: weg von Massenunterkünften am Stadtrand, hin zum Wohnen in eigenen Wohnungen oder kleinteiligen Gemeinschaftsunterkünften im Stadtgebiet. Auch die soziale Betreuung und Begleitung der Menschen, die vor Krieg und Verfolgung nach Deutschland fliehen müssen, wird in Leipzig groß geschrieben. Menschenwürdige Lebensbedingungen für geflüchtete Menschen zu ermög-

lichen, bleibt allerdings zuerst eine Landesaufgabe. Hier bekleckert sich der Freistaat nicht mit Ruhm und brüstet sich lieber damit, bundesweiter »Spitzenreiter« bei Abschiebungen zu sein. DIE LINKE wird sich im Sächsischen Landtag weiterhin für eine gelebte Willkommenskultur und die Abschaffung von staatlicher Diskriminierung von Asylsuchenden und Migrant/-innen einsetzen. Dazu gehört auch die Stärkung politischer Rechte von Migrant/-innen, zum Beispiel durch die Erleichterung der Einbürgerung und die Einführung eines sächsischen MigrantInnenrates.

Einheit geschlossene Vertrag (»Zwei-plus-Vier-Vertrag«), der Aktivitäten der NATO auf dem Territorium der ehemaligen DDR ausschließt, durch diese Truppentransporte verletzt wird. Mit dieser Rechtsauffassung konnten wir uns aber leider ebensowenig durchsetzen wie beim Kampf für ein striktes Nachtflugverbot. Erfolgreicher waren wir dafür bei anderen friedenspolitischen Aktivitäten wie bei unserer Aktion »Bundeswehr raus aus den Schulen!« und der Kritik an der Militärforschung an sächsischen Hochschuleinrichtungen. Jüngstes Beispiel für eine erfolgreiche gemeinsame Friedensarbeit der LINKEN und ihrer Bündnispartner war die spektakuläre Kundgebung am 30. Mai 2014 auf dem Nikolai-kirchhof mit Konstantin Wecker. Das Motto der ausgezeichnet besuchten Veranstaltung »Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!« bleibt angesichts der jüngsten Entwicklungen in der Ukraine leider ungebrochen aktuell.



Friedenspolitisch aktiv bleiben



Auch wenn die Bundesländer bekanntlich keine eigene Außenpolitik betreiben, stellt sich angesichts der bevorstehenden Jahrestage des Ausbruchs des Ersten und des Zweiten Weltkrieges durchaus die Frage, ob Sachsen seiner friedenspoliti-

schen Verantwortung gerecht wird. Diese Frage muss man eindeutig mit nein beantworten, auch wenn es beispielsweise in letzter Zeit etwas leiser wurde um den militärischen Missbrauch des Flughafens Leipzig/Halle, der von uns heftig bekämpft wird. Die regelmäßigen Trainingsflüge von AWACS-Maschinen der NATO – immerhin ein fliegendes Radarsystem für jeden Luftkrieg – erzeugen eben nicht mehr so viel öffentliche Kritik wie die gigantischen Truppen- und Waffentransporte zu den völkerrechtswidrigen Kriegen im Nahen Osten. Seit 2006 nutzen die USA und ihre Verbündeten bekanntlich den in öffentlichem Eigentum befindlichen Flughafen als europäisches Militärdrehkreuz. Das sich Schkeuditz zu einem Militärflughafen mausert, hat die sächsische Linksfraktion ge-

meinsam mit vielen Friedensinitiativen vor Ort stets als Skandal gebrandmarkt. Nicht zuletzt deshalb, weil wir immer davon ausgingen, dass der 1990 im Zusammenhang mit der deutschen

Einheit geschlossene Vertrag (»Zwei-plus-Vier-Vertrag«), der Aktivitäten der NATO auf dem Territorium der ehemaligen DDR ausschließt, durch diese Truppentransporte verletzt wird. Mit dieser Rechtsauffassung konnten wir uns aber leider ebensowenig durchsetzen wie beim Kampf für ein striktes Nachtflugverbot. Erfolgreicher waren wir dafür bei anderen friedenspolitischen Aktivitäten wie bei unserer Aktion »Bundeswehr raus aus den Schulen!« und der Kritik an der Militärforschung an sächsischen Hochschuleinrichtungen. Jüngstes Beispiel für eine erfolgreiche gemeinsame Friedensarbeit der LINKEN und ihrer Bündnispartner war die spektakuläre Kundgebung am 30. Mai 2014 auf dem Nikolai-kirchhof mit Konstantin Wecker. Das Motto der ausgezeichnet besuchten Veranstaltung »Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!« bleibt angesichts der jüngsten Entwicklungen in der Ukraine leider ungebrochen aktuell.



Volker Külöw und Konstantin Wecker

Wer kandidiert wo?

Insgesamt gibt es sieben Leipziger Wahlkreise zur Landtagswahl 2014. In allen treten Kandidierende der LINKEN an. Da sich die Wahlkreisgrenzen gegenüber der letzten Landtagswahl gerade hier in Leipzig verändert haben, möchten wir Ihnen die neue Wahlkreiseinteilung und unsere Kandidierenden hier übersichtlich präsentieren.

Wahlkreis 27 – Leipzig 1: Sophie Dieckmann

Stadtbezirk Ost (ohne Neustadt-Neuschönefeld und Volksmarsdorf), Holzhausen, Stötteritz

Wahlkreis 28 – Leipzig 2: Juliane Nagel

Stadtbezirk Süd, Liebertwolkwitz, Meusdorf, Probstheida

Wahlkreis 29 – Leipzig 3: Dr. Dietmar Pellmann

Stadtbezirk West, Stadtbezirk Südwest (ohne Plagwitz und Schleußig), Burghausen-Rückmarsdorf

Wahlkreis 30 – Leipzig 4: Dr. Volker Külöw

Stadtbezirk Alt-West (ohne Burghausen-Rückmarsdorf), Plagwitz, Schleußig, Lützschena-Stahmeln

Wahlkreis 31 – Leipzig 5: Dr. Skadi Jennicke

Stadtbezirk Mitte, Reudnitz-Thonberg

Wahlkreis 32 – Leipzig 6: Cornelia Falken

Stadtbezirk Nordwest (ohne Lützschena-Stahmeln), Stadtbezirk Nord (ohne Seehausen und Wiederitzsch)

Wahlkreis 33 – Leipzig 7: Franz Sodann

Stadtbezirk Nordost, Seehausen, Wiederitzsch, Neustadt-Neuschönefeld und Volksmarsdorf

Ihre Direktkandidierenden



Sophie Dieckmann

Liebe Wählerin, lieber Wähler, es gibt keine Bildungsgerechtigkeit in Sachsen. So finden zu viele Eltern keinen Kita-Platz. In inneren Leipziger Osten brauchen wir die Quartiersschule, in Mölkau eine Oberschule. Wir können auch nicht bis 2018 warten, um die Schulen in Paunsdorf zu rekonstruieren. Hier muss der Freistaat die Stadt Leipzig mehr finanziell unterstützen. An der Universität Leipzig werden viele Stellen gestrichen und einige Fächer nicht mehr angeboten. Junge Leute überlegen nun zweimal, ob sie in Leipzig studieren wollen. Im Landtag will ich mich dafür einsetzen, dass Kürzungen im Hochschulbereich zurückgenommen, allgemeinbildende Schulen schneller saniert und Kita-Plätze wohnortnah angeboten werden. Dazu muss der Freistaat die finanziellen Mittel erhöhen. Geld ist im Freistaat vorhanden, es muss nur sozial gerecht verteilt werden. Apropos Geld: Auch mit Arbeit kann man in Sachsen arm sein. Viele Menschen haben eine schlecht bezahlte, befristete Arbeit. Dagegen will ich etwas tun. Ich habe das Bündnis »Streik-Soli« mitgegründet, das den aktuellen Streik bei Amazon unterstützt. Amazon ist ein Beispiel für einen internationalen Großkonzern, der in Deutschland keinen Cent Steuern zahlt, aber billige Arbeitskräfte und Infra-

struktur zum Nulltarif nutzt, um Milliardenprofite zu machen. Die Beschäftigten bei Amazon verdienen unsere Solidarität bei ihrem Kampf für einen Tarifvertrag, gute Löhne und unbefristete Stellen. Auch in Sachsen muss es heißen: guter Lohn für gute Arbeit. Dafür bitte ich um Ihre Stimme.



Juliane Nagel

Engagiert für den Wechsel in Sachsen

Ein Vierteljahrhundert regiert in Sachsen die CDU. Das Resultat: wachsende soziale Ungleichheit, demokratischer Stillstand, ein verknöchertes Bildungssystem und die Schwächung der ökologischen Entwicklung. Ich will diesem Zustand ein Ende setzen. Sachsen braucht endlich eine soziale, demokratische und ökologische Wende. DIE LINKE ist die einzige Partei, die für diesen Aufbruch ohne die »Staatspartei« CDU steht. Ich kandidiere am 31. August 2014 für den Sächsischen Landtag. Mein Wahlkreis ist der Leipziger Süden. Hier wurde ich vor 35 Jahren geboren, hier bin ich aufgewachsen und zur Schule gegangen. Seit 1999 arbeite ich in dem offenen Politik- und Projektbüro linXXnet. Ich bin zudem Publizistin und studiere neben meiner beruflichen Tätigkeit Politikwissenschaft an der Universität Leipzig. Seit 2009 bin ich Stadträtin in Leipzig und wirke in der Links-

fraktion im Stadtrat zu Leipzig als kinder- und jugendpolitische Sprecherin. Ich engagiere mich darüber hinaus sowohl parlamentarisch als auch außerparlamentarisch für soziale und Freiheitsrechte, für eine soziale und demokratische Stadtentwicklung und für den Erhalt von alternativen Freiräumen. Besonders am Herzen liegt mir zudem das Wirken gegen jede Form von Diskriminierung und gegen Neonazismus. In meinem langjährigen politischen Wirken setze ich vor allem darauf, gesellschaftliche Veränderung zusammen mit gesellschaftlichen Bündnissen und Initiativen auf den Weg zu bringen. Politische Entscheidungen müssen auf die Verbesserung der Lebensbedingungen und die Maximierung der Mitbestimmungsmöglichkeiten der in diesem Land lebenden Menschen gerichtet sein. Ich bin Mitglied der Gewerkschaft ver.di, im Radio-Verein Leipzig und im Jugendverein Roter Baum e. V. 2013 erhielt ich für mein Engagement gegen Neonazismus und Diskriminierung den Leipziger Friedenspreis. Ich bitte Sie am 31. August 2014 um Ihre beiden Stimmen: Für Vielfalt, Freiheit, Solidarität.

Politik der seit 25 Jahren in Sachsen regierenden CDU zu protestieren und zu verhindern, dass die Christdemokraten in allen 60 Wahlkreisen dominieren. So mancher Vertreter der gegenwärtigen Regierungskoalition würde vernehmlich aufatmen, wenn mit mir endlich ein Abgeordneter, der laut gegen soziale Ungerechtigkeit auftritt und Verfehlungen der Regierung öffentlich anprangert, nicht mehr im Landtag vertreten wäre. Das sollte unbedingt verhindert werden. Wie schon in den letzten Jahren werde ich mich nämlich weiterhin vor allem um die Interessen sozial Benachteiligter kümmern und zugleich dafür eintreten, dass Leipzig bei der Vergabe von Fördermitteln nicht länger benachteiligt wird.



Dr. Volker Külöw

Familienstand: geschieden, zwei Töchter (30 und 20 Jahre alt)

Geboren am 12. November 1960 in Leipzig als Sohn einer Lehrerin und des Kabarettisten Edgar »Eddi« Külöw (»Jeder Tag, an dem Du nicht auf die Regierung schimpfst, ist ein verlorener Tag.«). Abitur 1979 in Berlin, drei Jahre NVA; Studium Diplomlehrer ML/Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig 1982 bis 1986; 1988 Promotion, anschließend bis zur Abwicklung 1992 wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Editions-wissenschaft; 1993 Babyjahr mit Tochter Elisa; 1994 bis 2002 Wahlkreismitarbeiter von Dr. Barbara Höll und Täve Schur.

Aus meinem politischen Leben: ab 1979 Mitglied der SED; 1990 ff. stellvertretender Landesvorsitzender der PDS, seit 2001 Vorsitzender des Stadtverbandes Leipzig; 2004 bis 2009 Stadtrat, seit 2004 kulturpolitischer Sprecher im Sächsischen Landtag.

Mein politisches Credo: Im Mittelpunkt meines politischen Wirkens steht der Einsatz für mehr soziale Gerechtigkeit und Solidarität. Dafür brauchen wir endlich einen Politikwechsel im Freistaat. Nur so können die vielen Menschen, die sozial abgehängt sind und sich deshalb ausgegrenzt fühlen, wieder in die demokratische Mit-



Dr. Dietmar Pellmann

Seit 1999 gehöre ich dem Sächsischen Landtag an, bin gegenwärtig stellvertretender Vorsitzender, Arbeitskreisleiter und sozialpolitischer Sprecher der Linksfraktion. Nachdem es mir zweimal hintereinander gelungen ist, den Wahlkreis mit dem Kerngebiet Grünau zu gewinnen, habe ich mir fest vorgenommen, nach dem alten Sprichwort »Aller guten Dinge sind drei« die Abstimmung im Wahlkreis erneut für mich zu entscheiden. Ganz bewusst habe ich mich nicht um einen sicheren Platz auf der Landesliste beworben, um jüngeren Kandidaten die Chance einzuräumen. Wer jedoch will, dass politische und fachliche Erfahrung Älterer – ich bin inzwischen 63 – auch künftig einen festen Platz und eine starke Stimme im Landtag haben, hat die Gelegenheit, mich mit der Erststimme zu wählen. Das wäre dann zugleich eine gute Möglichkeit, gegen die

Wagenknecht und Lafontaine in Leipzig

Der Wahlkampfhöhepunkt der LINKEN in Leipzig findet am 28. August von 14 bis 17.30 Uhr auf dem Leipziger Marktplatz statt.

Erwartet werden Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine. Abgerundet wird das Programm durch eine Band sowie diverse Möglichkeiten, sich zur anstehenden Landtagswahl zu informieren.

gestaltung unserer Gesellschaft einbezogen werden. Dabei spielt auch kulturelle Teilhabe unabhängig vom Geldbeutel eine wichtige Rolle. Deshalb ist mir der Erhalt einer vielfältigen und für jeden erschwinglichen Kulturlandschaft in Sachsen und Leipzig eine besondere Herzensangelegenheit. Dafür streite ich nicht nur parlamentarisch, sondern wirke auch ganz konkret als Akteur in meinem Wahlkreis im Leipziger Westen mit.



Dr. Skadi Jennicke

Eine Leipzigerin mit sozialem Gewissen

Leipzig ist meine Heimatstadt. Hier wurde ich vor 36 Jahren geboren. Nach meinem Studium der Dramaturgie an der Hochschule für Musik und Theater »Felix Mendelssohn Bartholdy« war ich an verschiedenen Theatern in Ost und West als Dramaturgin tätig. 2009 habe ich zum Systemumbruch 1989 und den Folgen im ostdeutschen Theater promoviert. Ich arbeite als wissenschaftliche Mitarbeiterin, lehre Theatergeschichte an der Leipziger Hochschule und lektoriere Hörspiele für einen überregionalen Hörfunksender. Seit 2009 vertrete ich die Interessen

der Leipzigerinnen und Leipziger im Leipziger Stadtrat und bin stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. Ich lebe mit meinem Mann und unseren drei Kindern (zehn, sieben und drei Jahre alt) im Stadtteil Zentrum-West. Mit ihnen verbringe ich gern meine Freizeit beim Radfahren und Wandern.



Cornelia Falken

Am 12. November 1956 wurde ich geboren, bin seit 1977 verheiratet, habe zwei erwachsene Kinder. 1977 begann ich meine berufliche Laufbahn als Lehrerin. Seit 1997 bin ich Mitglied des Bezirkspersonalrates Leipzig, seit 2000 Kreisvorsitzende der GEW Stadt Leipzig. 2004 wurde ich als Abgeordnete in den Sächsischen Landtag gewählt und wurde bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Seit 2006 bin ich Mitglied der Partei. Der Schwerpunkt meiner politischen Arbeit ist Bildungspolitik mit dem Ziel: Chancen auf gute Bildung dürfen nicht von der sozialen Herkunft abhängen. Das ist mehr als eine Forderung der Gerechtigkeit: Sachsen braucht auch künftig ganz viele kluge Köpfe. Deshalb wollen

wir das längere gemeinsame Lernen, kostenlose Schülerbeförderung, Ganztagschulen und mehr Schulsozialarbeit und Schulpsychologen, um nur einige unserer Forderungen zu nennen. Im Parlament geht es nicht nur um Regierung und Opposition, Visionen gehören ebenfalls dazu. Auch als Opposition war DIE LINKE in den vergangenen Jahren wirksam. Parlamentarische Initiativen der Fraktion zwangen die Regierung immer wieder zur Auseinandersetzung mit Themen, über die sie nicht reden wollte. So konnten wir viel mehr beeinflussen, als in den Zeitungen stand. Außerdem haben wir Schüler- und Elterninitiativen und Institutionen unterstützt und ihnen geholfen, ihre Anliegen letztlich durchzusetzen. Es ist an der Zeit, dass vernünftige bildungspolitische Forderungen zur Regierungspolitik werden. Ohne DIE LINKE wird das nichts.



Franz Sodann

Für Bildung, Kultur und Chancengleichheit

Herr Sodann, warum wollen Sie in die Politik? Politik hat genau wie die Kunst schon immer eine große Rolle

bei uns zu Hause gespielt. Ich bin damit aufgewachsen, dass man nicht alles hinnehmen muss, dass nicht alles richtig ist in unserer Gesellschaft: Die Würde des Menschen ist angetastet. Es gibt großartige Dichter und Denker, die den Spiegel vorhalten oder Alternativen aufzeigen. Viele wichtige Texte habe ich als Schauspieler im Theater rezipiert. Ich bin jetzt 40 Jahre alt und merke, dass mir das nicht mehr reicht. Ich will selbst für Werte, die mir wichtig sind, streiten – Humanität, Gerechtigkeit, ein friedliches Für- und Miteinander – und gesellschaftliche Bedingungen gestalten.

Was sind Ihre wichtigsten Ziele?

Bildung und Kultur. Das sind die Grundvoraussetzungen für eine Zukunft, in der alle Menschen die gleichen Chancen haben, in der wir vernünftig mit uns und unserer Erde umgehen. Dazu gehört auch, dass sich jeder dafür verantwortlich fühlt und sich kritisch informiert. Das politische Desinteresse ist groß. Das muss sich ändern. Politische Entscheidungen betreffen uns alle. Wer sich nicht einmischt, entmündigt sich selbst.

Sie haben zwei kleine Kinder. Was möchten Sie ihnen mitgeben?

Offenheit, Freundlichkeit, Humor, Fantasie, Empathie, Urteilsvermögen, ein gesundes und vor allem gerechtfertigtes Vertrauen in sich und die Mitmenschen und natürlich Gesundheit. Das sind die Werte, die meiner Frau und mir wichtig sind, und ich wünsche sie allen.



Wie wird zur Landtagswahl gewählt?

Die Sächsische Landesverfassung schreibt vor, dass der Landtag aus mindestens 120 Abgeordneten besteht. Von diesen 120 werden 60 Abgeordnete von den Wählerinnen und Wählern in ihrem Wahlkreis direkt in den Landtag gewählt. Die Direktkandidatinnen und -kandidaten wählen Sie mit Ihrer Erststimme. In den Landtag zieht die Direktkandidatin oder der Direktkandidat ein, die oder der die meisten Erststimmen auf sich vereinen kann. Hierfür reicht also die relative Mehrheit. Über die Größe der Fraktionen und damit über die Zusammensetzung des Landtages entscheiden Sie jedoch mit Ihrer Zweitstimme. Mit dieser wählen Sie die Partei. Alle Parteien, die mehr als fünf Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten, ziehen in den Sächsischen Landtag ein. Gemäß ihrem Zweitstimmenanteil werden die Sitze im Landtag verteilt.

Gewinnen mehr Direktkandidatinnen und -kandidaten einer Partei ihren Wahlkreis, als der Partei nach Zweitstimmen zustehen würde, so dürfen diese trotzdem in den Landtag einziehen. Das sind sogenannte Überhangmandate. In Sachsen werden diese ausgeglichen. Das heißt, die anderen Parteien erhalten jeweils zusätzlich so viele Sitze, dass die Größe Ihrer Fraktion dem Zweitstimmenergebnis entspricht. Aktuell sitzen deshalb 132 Abgeordnete im Sächsischen Landtag.

Das heißt also: Mit der Zweitstimme machen Sie die Partei stark, die Sie im Landtag vertreten soll. Mit der Erststimme schicken Sie die Abgeordnete oder den Abgeordneten aus Ihrem Wahlkreis in den Landtag. Unser Tipp: Wählen Sie einfach mit beiden Stimmen DIE LINKE. Denn wir sind Ihre Sozialversicherung im Landtag.

Kürzer geht's nicht!

Ein Aufschrei ging durch die alterwürdige Alma Mater Lipsiensis (Universität Leipzig). Das renommierte Institut der Theaterwissenschaft soll geschlossen werden. Internationaler Bekanntheitsgrad, enge Verbindungen in die Theaterszene Leipzigs, das einzige theaterwissenschaftliche Institut in den neuen Bundesländern – all das hat keine Rolle gespielt. Die Kürzungen stehen fest. Die verrückte Logik dahinter: Wozu braucht eine Gesellschaft Theater? Die Kosten doch nur und bringen kein Geld ein. Neben dem Institut für Theaterwissenschaft werden auch andere Institute abgewickelt. Auch die Archäologie wird geschlossen, bei der Physikalischen Chemie und der Romanistik wird massiv gekürzt. Insgesamt sind es 1042 Stellen, die in Sachsen gestrichen werden sollen. Die meisten davon an der Universität Leipzig. Wenn die Kürzungen wie geplant durchgeführt werden, wird sie ihren Status als »Volluniversität« verlieren. Das heißt, dass

man nun nicht mehr jedes Fach in Leipzig studieren kann. Doch dagegen regt sich Widerstand. Gedränge vor der Mensa. Passanten schieben sich neugierig am großen Zelt, das vor der Moritzbastei aufgestellt ist, vorbei. Stimmengewirr. Eine Frau liest aus Hermann Hesses »Unterm Rad« vor. Ein junger Mann vom SDS verteilt Flugblätter und regt sich auf: »Es kann doch nicht sein, dass ausgerechnet an der Uni gespart wird. Wir sitzen hier zu achtzig in einem Seminar, und da werden noch Stellen gestrichen!« Die Empörung über die CDU und FDP ist groß unter den Studierenden. Aber auch unter den Lehrenden gibt es Wut. Denn viele müssen sich nun eine neue Arbeit suchen. Dabei sind die Bedingungen an der Hochschule bereits unzumutbar. Feste Stellen gibt es so gut wie gar nicht mehr. Lehrende hangeln sich von Honorarvertrag zu Honorarvertrag und von Uni zu Uni. Durch Drittmittel steigt die Abhängigkeit der Wissen-

schaft von der Wirtschaft. Drei Viertel aller Frauen im akademischen Mittelbau bleiben kinderlos – bei schwachen Aussichten auf eine feste Stelle, ständigem Arbeitsplatzwechsel und niedrigen Löhnen ist an eine Familie kaum zu denken. Damit muss Schluss sein nach

dem 31. August. Üben Sie Druck aus auf die Politik und wählen Sie diese Landesregierung ab. Eine Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für einen Richtungswechsel in der Bildungspolitik. DIE LINKE setzt sich im Landtag und auf der Straße gegen die Kürzungen ein – versprochen.



Weitere Informationen zu unseren Kandidierenden, unserem Programm und unseren Zielen finden Sie im Internet unter www.dielinke-sachsen.de

Wir wollen Innovatives fördern

Soziale Gerechtigkeit und eine funktionierende Wirtschaft sind für uns zwei Seiten derselben Medaille, denn es ist klar: Alles, was wir ausgeben wollen, müssen wir zunächst erarbeiten. Sachsen hat gerade in diesem Bereich einen großen Nachholbedarf. In den letzten Jahrzehnten entwickelte sich sächsische Wirtschaft vor allen Dingen als »verlängerte Werkbank«. Was fehlt, ist eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat.

Wir wollen das ändern, indem wir verstärkt auf die Innovationsfähigkeit der hier ansässigen kleinen und mittelständischen Unternehmen setzen. Der Freistaat kann sich hier beim Ausbau von Technologiezentren und Verbundprojekten sowie bei der Stärkung der Vernetzung der Unternehmen untereinander engagieren. Daneben soll sich das Land auch an der Kapitalisierung von innovativen Unternehmensgründungen beteiligen können. Eine gezielte Landesförderung zur Schaffung und Sicherung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze vor allem in strukturschwachen Regionen und ein Landesprogramm zur Fachkräftesicherung werden wir aufbauen.

Von Arbeit muss man leben können. Deshalb wenden wir uns gegen die vorherrschende Niedriglohnstrategie und setzen uns dafür ein, das Vergabegesetz zu überarbeiten. Öffentliche Aufträge werden dann nur noch an Unternehmen vergeben, die Sozial- und Umweltstandards einhalten.

Weitere Informationen

Haben wir Sie neugierig gemacht? Wollen Sie weitere Informationen über unsere Arbeit und unsere Positionen zur Landtagswahl? Natürlich ist in einer solchen Zeitung nie genug Platz dafür, all unsere Positionen darzustellen. Im Internet finden Sie deshalb weitere Informationen und wichtige Termine im Landtagswahlkampf.

Besuchen Sie uns auf unserer Website unter www.dielinke-sachsen.de/landtagswahl

Haben Sie kein Internet? Kein Problem. Wenn Sie weitere Informationen wünschen, kontaktieren Sie uns einfach postalisch. Schreiben Sie an:

DIE LINKE, Sachsen
Kleiststraße 10 a
01129 Dresden



Sachsen gehört in entscheidenden Bereichen zu den Bundesländern mit den niedrigsten sozialen Standards. Wir nehmen nicht hin, dass der Anteil von Armut betroffener Menschen in Sachsen zugenommen hat und weiter wächst. Im Freistaat liegt die Armutsquote bei einem Fünftel der Gesamtbevölkerung und damit beträchtlich über dem Bundesdurchschnitt. Mehr als ein Viertel der sächsischen Kinder ist von Armut betroffen, was deren Lebensperspektive von vornherein belastet und die

Gefahr der Reproduktion von Armut und sozialer Ausgrenzung verstärkt. Der Freistaat wälzt die Verantwortung für soziale Daseinsvorsorge auf die Kommunen ab und verschärft so deren finanzielle Notlage. Immer mehr Landesaufgaben werden auf die Landkreise und kreisfreien Städte übertragen, ohne dass diese vom Freistaat dafür ausreichende Ausgleichszahlungen erhalten. Deshalb sind die Kommunen immer weniger in der Lage, selbstbestimmt sozialpolitisch

zu agieren. Soziale Daseinsvorsorge, eigentlich eine Verantwortung der öffentlichen Hand, wird dabei gerade in Sachsen immer mehr privatisiert und damit den Spielregeln des Marktes unterworfen. Wir wollen deshalb den Anteil an Sozialausgaben im Landeshaushalt erhöhen. Insbesondere die Betreuung älterer Menschen muss angesichts einer alter werdenden Gesellschaft sichergestellt werden. Wir wollen die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge stoppen und sind

davon überzeugt, dass Schulen, Krankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen, genauso wie stationäre und ambulante Pflegeeinrichtungen, in staatlicher Hand bleiben müssen. Statt den Schaden zu beräumen, wenn er eingetreten ist, wollen wir präventive Maßnahmen unterstützen. Deshalb wollen wir eine angemessene öffentliche finanzielle Förderung von Vereinen, Verbänden und Selbsthilfegruppen zur Umsetzung des Prinzips Hilfe zur Selbsthilfe erreichen.

Jene fördern, die uns täglich helfen

Stellen Sie sich vor, es brennt, und keiner kommt löschen. Sie brauchen ärztliche Hilfe, aber die bekommen Sie erst nach einer gefühlten Ewigkeit. Sie rufen die Polizei, und es kommt keine. Unvorstellbar? Die sächsischen

freiwilligen Feuerwehren kämpfen mit Nachwuchsproblemen. Die Berufsfeuerwehren – wie aktuell in Leipzig – haben mit Personalnotständen zu kämpfen. Durch den Rückzug des Freistaates aus der Fläche ver-

längern sich Rettungszeiten. Immer häufiger braucht medizinische Hilfe länger als gesetzlich vorgeschrieben. Derzeit gehen mehr Polizistinnen und Polizisten in den Ruhestand, als eingestellt werden. Es steht die Frage im Raum, ob die Polizei heute noch alle ihre Aufgaben wahrnehmen kann. Diese Situation kann im Zweifelsfall Menschenleben kosten. Genau deshalb muss sich die Situation grundlegend ändern. Wir setzen uns für eine angemessene Präsenz der Polizei in der Fläche in allen Regionen in Sachsen ein. Deshalb brauchen wir jährlich mindestens 500 neue Polizeibeamte, um die Altersstruktur in der Polizei positiv zu verändern. Um künftig ein Mindestmaß an öffentlicher Sicherheit zu gewährleisten, setzen wir

uns ein, dass in jeder Gemeinde mit mindestens 5 000 Einwohnerinnen und Einwohnern eine rund um die Uhr besetzte Polizeidienststelle vorgehalten wird. Im Rettungswesen wollen wir ein engmaschiges Netz dezentraler Rettungswachen erhalten und ausbauen. Die derzeit begrenzten Spielräume der Kommunen als Träger der Rettungsdienstleistungen wollen wir erweitern und für deren auskömmliche Finanzierung durch das Land sorgen. Für die Feuerwehr streben wir die Bildung hauptamtlich besetzter Unterstützungseinheiten an, welche gemeindeübergreifend die örtlichen Feuerwehren unterstützen. Die ehrenamtliche Arbeit in freiwilligen Feuerwehren wollen wir würdigen und setzen uns u. a. für eine Feuerwehrrente in Höhe von 100 Euro ein.



Mobil sein in Stadt und Land

Mit Bus und Bahn zum Arzt, zum Einkaufen, in die Schule, ins Kino oder einfach nur zu Freunden: Was in den Großstädten in Sachsen möglich ist, wird im ländlichen Raum immer mehr zum Problem. In vielen

Orten im Freistaat hält der Bus nämlich nur noch zwei- oder dreimal am Tag. In den Ferien – also ohne Schulverkehr – wird es noch weniger. Viele Menschen sind aber auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen. Sie haben kein Auto, dürfen noch nicht oder können nicht mehr mit dem eigenen Kraftfahrzeug unterwegs sein. Dann wird jedoch auch der kleine Abstecker in den nächsten Ort zur schwer zu bewältigenden Tagesaufgabe. Der Weg zur Arbeit lässt sich damit kaum realisieren. Die Attraktivität des Freistaates als Lebensraum nimmt dadurch natürlich ab.

Das wollen wir ändern. Wir sind der Überzeugung: Ein kostengünstiges und barrierefreies Angebot an Bus und Bahn gehört zu einem attraktiven Lebensumfeld dazu. Unser Ziel ist es, in ganz Sachsen gute Anbindungen, schnelle Verbindungen und ein aufeinander abgestimmtes Umsteigesystem zu verwirklichen. Die Beförderung von Schülerinnen und Schülern muss dabei in jedem Falle kostenfrei werden, denn der Weg zur Schule gehört für uns zum Schulbesuch dazu. Die Angebote und Möglichkeiten von Bus und Bahn, Rad- und Fußverkehr und Car Sharing wollen wir at-



traktiv und flächendeckend weiterentwickeln. So wollen wir den Menschen im Freistaat eine Perspektive eröffnen, auf das bisher unverzichtbare eigene Auto auch mal verzichten zu können.



Wir wollen die Regierung stürzen ...

Es sind viele Dinge, die in Sachsen schief laufen: geschlossene Jugendclubs, ein rückständiges Schul- und Benotungssystem, fehlende Mitbestimmung, viel zu viele Nazis, patriarchale Strukturen, Überwachung, kaum Fortschritte in der Inklusion, Leistungsdruck und vieles mehr. Doch wir können mehr als nur fassungslos die Köpfe schütteln: Wir laden dazu ein, gemeinsam mit uns – ob auf der Straße oder vor dem Laptop, ob als Gruppe oder einzeln, ob als Mitglied oder Sympathisant/-in, ob geschlossen oder in freier Assoziation – grundsätzliche Kritik mit dem zu verbinden, was im Kleinen den Freiraum für das Große erweitert. Denn wir wollen raus aus der Lethargie, raus aus der Mitte und hinein ins schöne Leben!

Wir haben uns als Jugendverband zusammengeschlossen, um die Verhältnisse in Sachsen zum Tanzen zu bringen. Das wollen wir nicht nur auf der Straße, im Wohnzimmer oder im Verein, sondern auch im Parlament. Deswegen haben wir ein eigenes Landesjugendwahlprogramm geschrieben, in dem unsere Forderungen für die Landtagswahl ausgeführt wer-



... und noch viel mehr!

Auf der Landesliste der Partei DIE LINKE. Sachsen kandidieren (v. l. n. r.) Anja Klotzbücher, Anna Gorskih, Werner Kujat, Marco Böhme, Tom Rumberger und Marie Wendland.

den. Aber nicht nur ein eigenes Programm können wir bieten: Sechs junge Kandidat/-innen stehen auf der Liste der sächsischen LINKEN für den Landtag,

um unsere Forderungen auch ins Parlament zu tragen. Es geht um faire Bezahlung, wenn man schon arbeiten muss. Darum, dass du dir ein

Ticket für den ÖPNV leisten – oder in Zukunft sogar darauf verzichten – kannst, damit du möglichst schnell von Arbeit, Schule, Verein oder Familien-

treffen zum nächsten Planschbecken kommst. Darum, dass alle die Zeit am See genießen können und von Sexismus, Rassismus und anderen menschenverachtenden Einstellungen verschont bleiben. Darum, dass du über deine Erlebnisse kommunizieren kannst, ohne überwacht oder ausgespäht zu werden. Was du am See zu dir nimmst, soll deine eigenverantwortliche und reflektierte Entscheidung sein, und du sollst keine Angst vor möglichen Repressionen haben. Wir möchten, dass es in Sachsen keine Angst, keine Diskriminierung, keine Verzweiflung und keine Nazis mehr gibt. Wir wollen, dass es mehr Mitbestimmung, mehr Beteiligung und mehr soziale Gleichheit gibt. Wir wollen Sachsen ökologischer, freier und moderner machen. Dafür haben wir in unserem Landesjugendwahlprogramm ganz konkrete Vorschläge. Diese Vorschläge sind zu diskutieren und sicher auch zu verbessern, aber wir wollen sie auch umsetzen – und zwar mit dir! Alle Infos, unsere Forderungen und Kandidierenden findest du auf unserer Website.

www.linksjugend-sachsen.de

Besser lernen

Sachsen ist stolz auf sein Bildungssystem. In den PISA-Umfragen belegt der Freistaat immer wieder obere Plätze im Vergleich der Bundesländer. Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere zeichnet ein anderes Bild: Immer mehr Schülerinnen und Schüler erlangen nicht einmal den Hauptschulabschluss. Der Anteil lag 2013 bei rund 10,4 Prozent. Also mehr als jede zehnte Schülerin, mehr als jeder zehnte Schüler dieses Jahrgangs blieben ohne Abschluss. Die Zukunftschancen der Betroffenen sind damit mehr als gefährdet. Sachsens Bildungssystem arbeitet zudem an der Leistungsgrenze: So konnten in diesem Jahr die Schulbescheide an die Eltern erst verspätet versendet werden, weil nicht klar war, ob am 1. September vor jeder Klasse auch eine Lehrkraft stehen würde. Im Hau-Ruck-Verfahren versuchte die Staatsregierung, die Lücken zu schließen,

und lobt sich nun dafür, mehr Lehrkräfte als geplant anzustellen. Die Wahrheit ist allerdings: Nicht alle Lehrerinnen und Lehrer, die in Rente gehen, werden überhaupt ersetzt. Und das bei steigenden Schülerzahlen. Das muss sich ändern. Sachsen kann es sich nicht leisten, einen großen Teil seiner Jugend einfach abzuhängen. Wir wollen deshalb längeres gemeinsames Lernen in kleineren Klassen und eine Förderung von Leistungsschwächeren in den Schulen. Wir wollen mehr Lehrkräfte einstellen, um das Schulsystem insgesamt zu entlasten und Leistungsdruck bei Lehrerinnen und Lehrern wie auch bei den Lernenden zu reduzieren. Wir wollen auch die Möglichkeiten des zweiten Bildungsweges stärken, jungen Menschen ohne Schulabschluss die nachträgliche Qualifikation ermöglichen und auch späte Berufsausbildung nach dem 25. Lebensjahr vereinfachen.



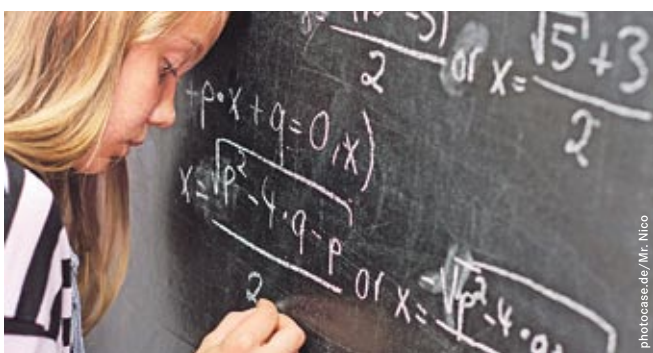
Sachsens Hochschulen fit machen für die Zukunft

Ab 2015 will der Bund die Kosten für das BAföG komplett übernehmen. Dadurch entsteht den Ländern ein finanzieller Spielraum, allein in Sachsen beträgt dieser 85 Millionen Euro. Sinnvollerweise könnte man dieses Geld nun in die Hochschulfinanzierung stecken.

Sachsens Hochschulen haben von jeher eine unterdurchschnittliche finanzielle Ausstattung. So wurden seit 1995 die Betriebskostenzuschüsse für die Hochschulen nicht erhöht. Mehrkosten tragen sie mittlerweile aus ihrem Globalhaushalt. Aktuell stehen 1042 Personalstellen auf der Streichliste. Landesweit regt sich Widerstand dagegen.

Doch statt die Chance zu nutzen, die Mittelausstattung der Hochschulen zu verbessern, legt die Staatsregierung einen »Zukunftsfonds« auf: Zwei Drittel der freiwerdenden Mittel fließen da hinein, der Rest geht den Hochschulen verloren. Und selbst mit diesem Geld können die Hochschulen keine Lücken in ihrem Haushalt stopfen: Finanziert werden dürfen Erstaussstattung, Großgeräte und vieles mehr, was möglichst nichts mit der Grundfinanzierung des wissenschaftlichen Betriebes zu tun hat. Wir wollen deshalb Alternativen zu dieser Hochschulpolitik schaffen: Um die personelle und technische Ausstattung

und die Betreuungsverhältnisse zu verbessern, wollen wir die staatlichen Zuschüsse an die Hochschulen mindestens auf das Niveau des Bundesdurchschnitts erhöhen. Die geplanten Personalkürzungen wollen wir unverzüglich zurücknehmen. Die Studentenwerke wollen wir wieder finanziell bedarfsdeckend ausstatten. Wir werden uns für den Erhalt der Volluniversitäten stark machen und dafür die Fächervielfalt an den Hochschulen zu bewahren. Hochschulen bilden eine wichtige Grundlage der Innovationsfähigkeit Sachsens. Der Freistaat kann es sich nicht leisten, seine Hochschulen finanziell ausbluten zu lassen.



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,



Sachsen ist ein schönes Land. Ich komme gern hierher, genieße die Landschaft, die Kultur, die Herzlichkeit der Menschen. Sachsen hat viel erreicht. Das ist die Leistung aller hier Lebenden.

Umso mehr ärgere ich mich jedes Mal über die Selbstherrlichkeit der hiesigen CDU. Seit fast 25 Jahren herrscht

diese Partei in diesem Land. Bundesweit macht sie mit ihrem ganz speziellen Verständnis »sächsischer Demokratie« Negativschlagzeilen. Den Menschen im Freistaat bietet sie eine Strategie der Niedriglöhne und verkauft Einkommen, von denen man nicht leben kann, auch noch als Standortvorteil. Vom Familienbild will ich erst gar nicht anfangen zu schreiben.

Ich will nicht akzeptieren, dass eine Partei ein Land als ihren Besitz ansieht. Das Land gehört den Menschen, die dort leben. Sie sollen es gestalten können, statt einfach regiert zu werden. Ich will eine Perspektive für alle Menschen im Freistaat, für ein besseres Leben in Sachsen.

Und genau das haben Sie jetzt in der Hand. Gegen die Tristesse und das Einerlei der sächsischen Staatsregierung gibt es ein einfaches Mittel.



Natürlich können Sie auch an andere Parteien denken. Aber wenn Sie für Frieden, soziale Gerechtigkeit und gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West sind, müssten Sie sich für DIE LINKE entscheiden.

Ich bitte Sie: Gehen Sie am 31. August zur Landtagswahl und machen Sie DIE LINKE stark. Auch im Bundesrat brauchen wir andere Stimmen aus Sachsen. Nach 25 Jahren können Sie in Sachsen etwas Neues versuchen.

Ihr
Gregor Gysi

Spenden

DIE LINKE engagiert sich für den Politikwechsel in Sachsen. Wir wollen in Sachsen einmal mehr das Fenster öffnen und frischen Wind hereinlassen. Bis zum 31. August sind wir überall im Land unterwegs, um von unseren Positionen zu überzeugen.

Doch der Wahlkampf kostet natürlich auch Geld. Wir wollen dabei unabhängig bleiben von großen Unternehmen und Banken. Deshalb würden wir uns über Ihre Spende freuen. Das geht ganz einfach.

Konto: 2 719 901 002
BLZ: 850 900 00
Verwendungszweck: Wahlkampfspende

www.dielinke-sachsen.de/spenden

Jetzt für iOS und Android:

Die nd-App



www.neues-deutschland.de/app



neues deutschland
DRUCK VON LINKS

austral. Ureinwohner	Eichmaß	Sache (lat.)	Verständnisaufruf	Klostervorsteher	Holzblasinstrument	Fenstervorhang	dummer Mensch (ugs.)							
Bergmannsuniform	9					Partytanz	Gartenblume							
Zensur			Dauerbezug von Zeitungen		2	3								
Wanderpause		12	Suppenschüssel											
Strom i. Afrika		Seeferelle					14							
ind. Bundesstaat			2	8	1	5								
gedankl. Gehalt			5	1	3	4	8							
	6		7		6	3	2							
			3	4	2	5	8							
			8	2	4	7	3							
Wildpflege	LINKE-Spitzenkandidat		8	4	3	9	2							
			7	3	2		4							
engl. Musical-Komponist	Gewinner	türk. Titel	Das Für Staatshausplan	1	Barockbau in Dresden	Zeremonie	Nordosteuropäer							
							7							
					asiat. Meerrettich Folge									
							8							
Redekunst	11					Handlung								
						Zahl								
alt nord. Prosa							Tag (span.)							
Bruder d. Falmir							jap. Urbevölkerung							
		Backmasse				Einfall								
							13							
Berliner Spitzname			Nisch-Stadt	10										
Gattung							TROLL							
		Nebenfluss der Maas				jap. Friedensnobelpreisträger								
Lösungswort	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

Die Teilnahme ist für alle möglich, ausgenommen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweg und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt. Adressdaten werden nicht gespeichert oder weiterverwendet.

Preisrätsel

Zu gewinnen:

■ Rico Gebhardt lädt in seine Heimatstadt Aue ein: eine Übernachtung für zwei Personen mit gemeinsamem Abendessen, gerne auch mit Besuch eines Heimspiels »seines« Vereins Erzgebirge Aue.



■ ein Halbjahresprint-abonnement von »neues deutschland« im Wert von 200 Euro

■ fünf Strandsets DIE LINKE mit Sonnenbrille, Sonnencreme und Badehandtuch

■ fünf Umhängetaschen »25 Jahre CDU sind genug«

■ fünf T-Shirts »25 Jahre CDU sind genug«

■ fünf Sonderedition-Image-Plakate der Partei DIE LINKE

Die Lösung bitte bis zum 1. September 2014 einsenden an: DIE LINKE. Sachsen Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Impressum: Zeitung zur Landtagswahl 2014 in Leipzig, Auflage: 90 000
Redaktionsschluss: 26. Juni 2014
Herausgeberin: DIE LINKE. Sachsen Kleiststraße 10a, 01129 Dresden
Telefon: 03 51 / 85 32 70
www.dielinke-sachsen.de
V.i.S.d.P. Antje Feiks. Die Nutzungsrechte der nicht gekennzeichneten Bilder liegen bei der Partei DIE LINKE.
Layout und Satz: DiG / TRIALON
Druck: Dresdner Verlagshaus Druck GmbH